

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Kioskschreiber und die Anzeigenabteilung entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer: Die Redaktionsnummer der Anzeigen ist 1000. Umgehend 10. Goldschmied, an der Spitze der Anzeigen 10 Goldschmied, Redaktionsnummer 10 Goldschmied, an der Spitze der Anzeigen 10 Goldschmied.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 224

Freitag, den 25. September 1925

20. Jahrgang

Die Einladung zur Sicherheitspaktkonferenz angenommen.

Der gestrige Ministerrat.

Berlin, 24. Sept. Ueber das Ergebnis des gestrigen Ministerrates wissen die Blätter zu melden, daß die Annahme der Einladung zur Sicherheitspaktkonferenz, die am 5. Oktober stattfinden soll, im Prinzip beschlossen worden sei. Der Konferenzort — laut „Täglicher Rundschau“ hat Luzern jetzt wieder die meiste Aussicht — soll noch mit den Westmächten vereinbart werden. Als Hauptdelegierte seien Reichkanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann bestimmt worden. Der heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentretende Kabinettsrat wird diese Beschlüsse zu sanktionieren haben. Was die Richtlinien der deutschen Delegation anbetrifft, so bastieren, wie die Blätter erklären, sie auf der deutschen Note vom 20. Juli und auf den Erklärungen, die die Regierung zur Paktpolitik im Reichstag abgegeben hat. Ziel der Konferenz soll sein, mit den Unterhändlern der Westmächte zu Vereinbarungen zu gelangen, die

nach Genehmigung durch die Regierungen und der Parlamente auf einer zweiten Konferenz unterzeichnet werden sollen. Ueber die Beratungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die gestern abend wieder aufgenommen wurden, teilt der „Volkswagen“ mit, daß auch die deutschnationalen Fraktion durchaus auf dem Standpunkt stehe, daß die deutsche Note vom 20. Juli für die deutsche Paktpolitik bindend bleiben müsse.

Berlin, 24. September. Der heutige Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg, hat die Einladung der alliierten Regierungen zu einer Konferenz über die Sicherheitsfrage angenommen. Als Delegierte sind bestimmt worden der Reichkanzler Dr. Luther und der Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann. Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloß man sich mit der Beratung von Maßnahmen gegen die Teuerung. Es wurde beschlossen, alles zu unternehmen, was den Preisabbau herbeiführen könne.

Protest der Danziger.

Danzig, 23. Sept. Der Danziger Helmsoldat hat heute zu einer Protestversammlung auf dem Langen Markt gegen die Entscheidung des Völkerbundesrates im Poststreit aufgerufen. Tausende von Einwohnern waren dieser Aufforderung nachgekommen. Nach längeren Ansprachen von Vertretern des Beamtenbundes, der christlichen und freien Gewerkschaften und der Angehörigen der Danziger Bevölkerung wurde eine Entschließung angenommen, die der bitteren Enttäuschung darüber Ausdruck gibt, daß der Völkerbundsrat die Frage des Poststreites im Sinne des für Danzig unerträglichen Gutachtens der Sachverständigenkommission entschieden hat. Das Vertrauen der Danziger Bevölkerung zum Völkerbund habe einen neuen schweren Schlag erlitten. Es sei unverständlich, daß diese Sachverständigenkommission ihre Gutachten nicht begründet und der Völkerbundsrat die von der freien Stadt Danzig geltend gemachten schweren Bedenken gänzlich beiseite geschoben hat. Die Danziger Bevölkerung hoffe bestimmt, daß nach drei Monaten eine neue und auf dem Grundlag des Rechtes und der Gerechtigkeit ruhende Regelung der Postfrage erfolgt.

Eine Erklärung des Vatikans zum Konflikt mit der Tschechoslowakei.

Rom, 23. Sept. „L'Espresso Romano“ bringt folgende Note des Heiligen Stuhles als Antwort auf den Bericht der tschechoslowakischen Regierung in der Angelegenheit der Abberufung des Nuntius gelegentlich der von der tschechoslowakischen Regierung abgehaltenen Johann-Gußfater. Der Heilige Stuhl lehnt jede Verantwortung für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der tschechoslowakischen Regierung ab. Die Verantwortung liegt nur der genannten Regierung zuzuschreiben, da der Vatikan keinesfalls Provokation einer rein antikatholischen Fellei dulden könne. Durch diese antikatholische Festlichkeit und durch das Geseh, welches bestimmt, daß sie alljährlich stattfinden solle, seien auch die Gefühle der Katholiken schwer verletzt. Die Behauptung der tschechoslowakischen Regierung, daß die Gefühle der Katholiken respektiert würden, sei also unbegründet. Der Vatikan teile den Wunsch der tschechoslowakischen Regierung, eine befriedigende Lösung zu finden.

Vordringen der Spanier in der Alhucemasbuch und bei Gheschauen.

Madrid, 23. Sept. Halbamtlich wird gemeldet: Die spanischen Truppen des Abschnittes Alhucemas haben den Dschebel Walmuffi, Morro Vieja und den Ausläufer (Corno) von Gheschauen besetzt.

Paris, 23. Sept. Eine Havana-Meldung aus Rabat demontiert die Nachricht, daß Abd el Krim am vergangenen Freitag durch einen Abgesandten dem Sultan von Marokko Friedensvorschlüge überreicht habe. Demgegenüber hält „Humanites“ die Behauptung ausreicht, daß die Riffleute bereits dreimal Friedensangebote gemacht hätten. Wenn diese auch nicht an offizielle Persönlichkeiten gerichtet gewesen seien, so sei doch Painleve davon unterrichtet. In den Angeboten hätten die Riffleute politische und wirtschaftliche Autonomie gefordert. Spanien und Frankreich jedoch das Recht zugekannt, das Riffgebiet völkerrechtlich zu betreten.

Rückgabe von Togo und Kamerun?

London, 23. September. Die halboffizielle Brüsseler Zeitung „Le Peuple“, die enge Beziehungen zum englischen Botschafter in Brüssel und zum belgischen Außenminister Vanderveerde unterhält, teilt mit, daß in diesen Tagen im Völkerbundsrat der Gedanke lebhaft besprochen worden sei, Deutschland die Uebertragung der englischen Mandate über Teile von Togo und Kamerun in Aussicht zu stellen. Drei Viertel, 32000 Quadratkilometer von Togo und 80000 Quadratkilometer von Kamerun, sind englisches Mandatsgebiet.

Um die Einberufung des Reichstages.

Berlin, 24. September. Laut „Roter Fahne“ hat der Vizepräsident des Reichstages auf das Schreiben der kommunistischen Reichstagsfraktion, in welchem angesichts der Konferenz über den Garantiepakt an das Reichstagspräsidium die Forderung nach sofortiger Einberufung des Reichstages gerichtet worden war, geantwortet, daß er den Vorkonferenzauschuß für Donnerstag einberufen hat mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung Beratung des kommunistischen Antrages.

Untersuchung der Vorfälle im Mossulgebiet.

Genf, 23. 9. In einem Interview mit einem Vertreter der Agentur Reuters wies Kolonialminister Amery nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Deportation der christlichen Bevölkerung aus dem strittigen Gebiet an der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak durch Vertreter des Völkerbundes untersuchen zu lassen. Die Welt soll die volle Wahrheit über die äußerst beklagenswerten Vorfälle erfahren. Der Vorschlag, daß England Mossul sofort räumen soll, bedeutet eine Unmöglichkeit. Die Aufgabe des von der Türkei beanspruchten Gebietes würde für den Irak den Verlust von etwa ein Viertel seiner Einnahmen und demgemäß für England eine entsprechende Vermehrung seiner finanziellen Lasten bedeuten. Der Völkerbundsrat müsse die Grenzlinien bestimmen. Die Herrschaft der Türkei über Mossul würde für das Irakgebiet eine unumgängliche Grenze bedeuten. Gegenüber der von England an den Völkerbundsrat gerichteten Forderung nach Entsendung einer Kommission zur Untersuchung der Vorgänge über die von der türkischen Delegation entschieden in Abrede gestellten Deportation von Christen, verlangt nun die türkische Delegation, daß der Völkerbundsrat die Behandlung der türkischen Bevölkerung in Mossul untersuchen lassen soll. Der Rat wird in seiner nächsten Sitzung, die wahrscheinlich bereits morgen, Donnerstag, stattfinden wird, zu beiden Anträgen Stellung nehmen.

Caillaux in Amerika.

New York, 23. September. Caillaux äußerte einem Berichterstatter gegenüber, er hoffe, die Frage der französischen Schulden an Amerika könne in wenigen Tagen gelöst werden. Auf die Frage, ob er erwarte, für Frankreich dieselben Bedingungen zu erlangen, wie England sie erreicht hat, antwortete Caillaux: „Besseres!“

Die Lage in Syrien.

Paris, 23. September. Chicago Tribune gibt eine Meldung aus El Chajale wieder, nach der Sultan Utrach angesichts der Niederlage vor Messifrey die Mobilisierung aller Drusen im Alter von 16 bis 50 Jahren angeordnet haben soll.

Die Arbeit der Völkerbunds-ausschüsse.

Weltwirtschaftskonferenz. — Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. — Der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen.

Genf, 23. Sept. Der Technische Ausschuss der Völkerbundsversammlung genehmigte unter geringfügigen Änderungen den von Belloni-Intalini ausgearbeiteten Bericht über den von Loucheur-Frankreich eingebrachten Antrag zur Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz. Die der Völkerbundsversammlung vorgelegene Entschließung lautet folgendermaßen:

Die Völkerbundsversammlung, fest entschlossen, alle Mittel ausfindig zu machen, die geeignet sind, den Frieden in der Welt wahren zu lassen, überzeugt, daß der wirtschaftliche Frieden in hohem Maße dazu beitragen wird, die Sicherheit der Völker zu gewährleisten, ferner überzeugt, daß es möglich ist, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Wiederherstellung eines allgemeinen Wohlstandes entgegenstehen, zu prüfen und die besten Mittel zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten und zur Vermeidung von Konflikten ins Licht zu rücken, fordert den Rat auf, in kürzester Zeit die Zweckmäßigkeit einer auf breiterer Grundlage zu bildenden vorbereitenden Kommission zu prüfen, die unter Heranziehung des technischen Organismus des Völkerbundes sowie des Internationalen Arbeitsamtes die Arbeiten einer internationalen Wirtschaftskonferenz vorbereiten soll. Die Einberufung dieser Konferenz, die unter den Aufsicht des Völkerbundes stattfinden soll, wird einer späteren Entscheidung des Völkerbundes vorbehalten.

Der Rechtsausschuß der Völkerbundsversammlung genehmigte nach einigen Änderungen und Erklärungen den von Kolin-Belgien ausgearbeiteten Bericht über die von seinem Unterausschuß vorgelegten drei Resolutionen zu dem Problem: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung. Die erste Resolution ist identisch mit der gestern von dem Ausschuss für Abrüstungsfragen angenommenen Resolution über die Aufnahme der Arbeiten für eine spätere Abrüstungskonferenz. Die zweite Resolution betrifft die weitere Prüfung des Ausbaus eines Systems der friedlichen Lösung internationaler Konflikte und bittet den Rat, eine eingehende Untersuchung aller einschlägigen Erklärungen, Vorschläge und Anregungen vorzunehmen zu lassen und der nächsten Völkerbundsversammlung über die Möglichkeit weiterer Fortschritte auf diesem Gebiete zu berichten. Die dritte Resolution nimmt Bezug auf die Zweckmäßigkeit der Ausarbeitung einer neuen allgemeinen Konvention über das obligatorische Schiedsverfahren und lenkt die Aufmerksamkeit der Völkerbundsstaaten auf den Vorteil, den der Abschluß von besonderen Verträgen durch Schiedsgerichtsbarkeit oder richterliche Regelung für ihre eigene Sicherheit haben könnte.

Aus dem Bericht Kollins wurden auf Antrag Fernandez-Brasillen zwei Absätze über das Inkrafttreten von Sanktionen zu Artikel 18 des Völkerbundsstatutes gestrichen, da verschiedene Redner erklärten, ein Hinweis auf die im Völkerbundsstatut enthaltenen allgemeinen Garantien zur Durchführung von schiedsgerichtlichen Entscheidungen genüge. Ueber die Definition des Angriffskrieges als internationales Verbrechen, wie sie Djusdy-Tschechoslowakei verlangte, wie sie vom Unterausschuß aber abgelehnt worden war, entstand eine lebhaft Diskussion, die schließlich zur Änderung eines weiteren Absatzes im Bericht führte. In der neuen Fassung, an der besonders Loucheur und Motta mitwirkten, wird bedauert, daß der Grundlag, daß ein Angriffskrieg ein internationales Verbrechen darstelle, noch nicht ganz in die internationale Rechtsprechung übernommen wurde und gefordert, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollen, um eine juristische Formel für diesen Grundlag zu finden. Scialoja-Italien stellte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechtsausschusses fest, daß die Änderung den Text und den Inhalt der Resolution nicht berühre und daß infolgedessen nicht darauf zu bestehen ist, daß der Ausschuss für Abrüstungsfragen, der, wie bekannt, bereits gestern seine Beratungen über diesen Fragenkomplex abgeschlossen hatte, nochmals zusammentreten muß. Motta-Schweiz sagte die Bedeutung der drei Resolutionen dahin zusammen, daß sie einen Sieg des Prinzips der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit bedeuten. Loucheur-Frankreich schloß sich dieser Auffassung an, betonte aber, daß Frankreich den von der letzten Völkerbundsversammlung proklamierten Grundlagen: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung in vollem Umfang treu bleibe. Nach der Auffassung Frankreichs sei auch nicht die kleinste Wenderung in dieser Hinsicht zulässig. Frankreich bleibe dabei, daß die Annahme der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, für die er sich bereits im letzten Jahre ausgesprochen habe, nur bei gleichzeitiger Bewehrung der Sicherheit möglich ist.